

Rede des Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Lars O. Effertz, zur Verabschiedung des Haushalts 2016/2017 in der Sitzung der Landschaftsversammlung Rheinland am 21. Dezember 2016

Es gilt das gesprochene Wort.

Ich sitze vor einigen Wochen nachmittags zu Hause im Arbeitszimmer und bereite mich auf diese Haushaltsrede vor.

Meine Kinder finden das doof,

sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Frau Landesdirektorin, geschätzte Damen und Herren Landesräte, meine liebe Renate Hötte, sehr geehrter aus dem LWL, werte Damen und Herren Kollegen aus den Fraktionen, sehr geehrte Damen und Herren,

meine Kinder finden das doof und wollen lieber mit mir spielen. Meine Frau muss gleich zu einer Fortbildung und will noch eben die wichtigen organisatorischen Dinge der nächsten Woche mit mir absprechen. Das Telefon klingelt - eine sehr freundliche Stimme fragt mich, ob ich nicht auch meine Stromkosten halbieren wolle und ob das grundsätzlich interessant für mich sei? Meine Schwiegermutter klingelt an der Türe, um ganz kurz ihre Handtasche abzuholen, die sie heute Vormittag bei uns vergessen hat.

Ich habe mich gedanklich schon damit abgefunden, heute wohl eher eine Nachtschicht einzulegen, als mein Blick auf ein Buch aus längst vergessenen Tagen fällt: „Seneca für Gestresste“ lautet der Titel – eine kleine Sammlung genialer Zitate, Weisheiten und schlauer Gedanken dieses großen Philosophen.

Das kostete damals übrigens 7 Mark und hat mir ganz nebenbei zu einem Schein im Seminar: „Die Philosophie der Griechen und Lateiner“ verholfen. Aber das ist eine andere Geschichte...

Noch während ich die Dame am Telefon abwimmele, lese ich den Untertitel dieses Büchleins: „Wie man Schweres leichter trägt.“ Und genauso ergeht es mir als Vorsitzendem der Freien Demokraten – in der Opposition. Wie ich Schweres leichter trage. Wie ich die Politik der großen Koalition leichter trage – ich sage besser: leichter ertrage.

Denn eines ist sicher: Sie machen es uns wirklich nicht leicht, Ihre Politik zu tragen - vieles müssen wir ertragen, und nicht alles können wir mittragen. Dabei finden Sie außergewöhnlich gute Haushaltsdaten vor:

Der LVR konnte zum wiederholten Male einen Überschuss erwirtschaften. Durch strikte Ausgabendisziplin, durch harte Konsolidierungsbemühungen jedes Dezernates, durch eine realistische Risikoabschätzung und Vorsorge ist es gelungen, heute sogar eine Umlagehebesatzsenkung zu beschließen.

Das Ganze ohne Standardreduzierung oder Schuldenaufbau und auch noch im Sinne des Rücksichtnahmegebots gegenüber unseren Mitgliedskörperschaften. Man könnte frohlocken, und Sie heften sich diesen – natürlich ist es einer – diesen Erfolg ans eigene Revers. Das ist Politik. Doch ist es fair? – Nein. Fair ist es nicht. Jedenfalls nicht für eine Hälfte der Groko. Eine Hälfte darf sich das mit Recht ans Revers heften. Die SPD.

Und das sage ich völlig ohne Ironie und ganz ernsthaft:
Dieser Erfolg ist natürlich auch Euer Erfolg.
Doch es ist Euer Erfolg aus der Zeit der Gestaltungsmehrheit.

Denn es war die Gestaltungsmehrheit, die in den letzten 10 Jahren genau diesen erfolgreichen haushaltspolitischen Weg gegangen ist.

Wir sind nicht wankelmütig geworden und haben nicht, wie die Kollegen in Westfalen – man möge es mir verzeihen – mit dem Umlagesatz Ping-Pong gespielt. Wir haben – oft auch gerade hier im Hause durch die CDU kritisiert – einen stabilen, verlässlichen Umlagehebesatz umgesetzt. Haben Konsolidierungsprogramme aufgestellt, Haushaltsbegleitbeschlüsse gefasst, deren Erfolg heute sichtbar wird.

Dieses Mittel – der Haushaltsbegleitbeschluss – früher oft kritisiert – hat die GroKo letztlich überzeugt. So überzeugt, dass Sie in diesem Jahr ebenfalls einen gestellt haben. Ihr Haushaltsbegleitbeschluss ist in den meisten Teilen von uns zu teilen. Es gute Punkte in diesem Begleitbeschluss. Denen stimmen wir zu.

Anderen können wir nicht zustimmen. Der Bereich Bauen und Ihre Ideen, die Rheinische Beamtenbau letztlich zu einer Kreditanstalt für Wiederaufbau hochzujazzen, trifft nicht nur auf unsere Kritik

– wir glauben, dass es auch juristisch gar nicht geht. Sie wollen inklusive Bauprojekte nicht am Eigenkapital scheitern lassen und fordern, die RBB könne hier Eigenkapitalersatzkreditgeber werden.

Hierzu benötigte sie eine Banklizenz und jeder Geschäftsführer eine Geschäftsleitereignung im Bankwesen. Das ist nicht der Fall und deshalb wird das schlicht nicht gehen. Wir glauben, es gibt eine bessere Lösung für den LVR: verkaufen. Trennen wir uns doch ganz einfach von der RBB. Die RBB hatte eine klare Aufgabe bei Gründung, nämlich günstigen Wohnraum für die Mitarbeiter des LVR zur Verfügung zu stellen.

Damals war das nachvollziehbar.

Wenn wir uns heute die RBB anschauen, dann ist dieser Zweck nun wirklich mehr als erfüllt, was auch die Zahl der Mieter, die Mitarbeiter des LVR sind, deutlich zeigt. Zudem ist es aus unserer Sicht mittlerweile eine reine Wohnungsverwaltungsgesellschaft geworden. Das machen sie gut – keine Frage, doch wir erkennen die Notwendigkeit, diese als LVR eigene Firma zu halten, nicht mehr. Der LVR braucht die Beamtenbau so nötig wie RWE-Aktien. Doch auch hier scheuen Sie sich noch den konsequent nächsten Schritt zu gehen!

Ähnlich verhält es sich mit Ihrem Ansinnen, marode Gebäude anderer Eigentümer der öffentlichen Hand – das heißt von Land und Mitgliedskörperschaften – zu übernehmen. So steht es in Ihrem Antrag. Das halten wir nicht für sinnvoll. Wir glauben, der LVR hat andere Aufgaben zu erledigen! Liebe Groko, wenn ich mir den Haushalt ansehe, dann stelle ich fest:

Sie ernten die Früchte, die die Ampel gesät hat.

Ärgert mich das? Nein, das tut es nicht.

Ehrlich gesagt, freut es mich. Es freut mich unter dem Aspekt, dass ich sehe, dass unsere Politik am Ende erfolgreich war. Das freut mich wirklich.

Finde ich es doof, dass nun die Groko davon profitiert?

Offen gestanden: Ja.

Ist mein Gefühl relevant? Nein.

Denn es geht um etwas Wichtigeres als mein persönliches Empfinden. Es geht um die Rahmenbedingungen des Lebens der uns anvertrauten Menschen.

Der Menschen, die es weiß Gott nicht leicht haben in dieser Gesellschaft.

Und das ist so viel wichtiger als mein Empfinden der Nichtehonorierung der Leistung der Freien Demokraten. Doch gerade weil es um die uns anvertrauten Menschen geht und

gerade weil das Geld zum übergroßen Teil durch unsere Mitgliedskörperschaften – durch die Städte und Kreise im Rheinland finanziert wird, ist es wichtig, sorgsam und sparsam damit umzugehen. Deshalb ist es für mich auch nicht ganz nachvollziehbar, wie sie mit Anträgen der Opposition, die dieses Ziel verfolgen, umgehen.

Neben dem Verkauf der RWE Aktien möchte ich noch 2 weitere Beispiele nennen:

Unser Prüfauftrag zur Gründung einer eigenen FH zur Sicherung des qualifizierten Nachwuchses an Pflegekräften. Denn selbstverständlich unterstelle ich Ihnen, dass auch Sie genau das wollen. Natürlich wollen wir gemeinsam qualifiziertes Personal in diesem Bereich und wollen den Nachwuchs sicherstellen. Warum Sie da nicht einfach zustimmen, ist mir nicht klar. Das heißt ich vermute schon, dass es weniger sachliche Gründe hat, als politische Erwägungen.

Die Erwägung, dass es an Ihrer Souveränität kratzt, wenn sie einem Antrag der Freien Demokraten zustimmen. Vielleicht sogar Angst davor, dass wir eine solche Zustimmung abfeiern würden wie ein 6-Jähriger, der die Reise nach Jerusalem gewinnt.

Seien Sie sich des Folgenden gewiss:

Die Freien Demokraten in der Landschaftsversammlung Rheinland würden die Zustimmung der Großen Koalition zu einem sachlich fundierten und im Ziel übereinstimmenden Antrages durch die Große Koalition nicht abfeiern! Wir würden uns natürlich in aller gebotenen Bescheidenheit freuen, doch Angst davor brauchen Sie nun wirklich nicht zu haben.

Ich glaube, dass es Ihnen sogar deutlich mehr Respekt verschafft und Ihre Souveränität sogar steigern würde, wenn sie die politischen Spielchen an der Stelle aufgeben und die Größe besäßen, guten Ideen einfach zuzustimmen – egal ob auf dem Briefkopf Freie , Sozial- oder Christ-Demokraten steht! Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Prüfauftrag zur Kalkulation von Lebensdauerkosten bei Gebäuden.

Sie wollten diesem Antrag einfach nicht so zustimmen und wählten den Weg, erstmal durch eine gemeinsame Sitzung des Bau- und Umweltausschusses Experten zu dieser Thematik anzuhören. Eine Beteiligung des Finanzausschusses, der an dieser Thematik natürlich ein wesentliches Interesse hat, lehnten sie im Ältestenrat einfach ab – ich glaube, weil dieser Vorschlag von uns kam und Sie das nicht bedacht hatten. Sie wollen also den Finanzausschuss nicht beteiligen, mit der Begründung, dass die Finanzpolitiker eine ganz eigene Sicht auf diese Thematik haben.

Ja, selbstverständlich haben die Finanzpolitiker auf die Lebensdauerkosten von öffentlichen Gebäuden einen ganz eigenen Blick – und dieser Blick wäre, aus meiner Sicht, ein sinnvoller. Gerade auch weil ich als finanzpolitischer Sprecher Ihre Ausschussmitglieder kenne – vom Vorsitzenden Dr. Ammermann ganz zu schweigen – seine Seriosität steht außer Zweifel - weiß ich, dass sie durch nahezu durchweg sehr kompetente und erfahrene Kollegen in diesem Ausschuss vertreten sind. Und ich glaube, dass gerade deren Sicht auf die Lebensdauerkosten von Gebäuden das Thema insgesamt nur bereichert hätte.

Doch das lehnen Sie ab und erfinden stattdessen den Begriff des ressourcenschonenden Bauens. Das ist – mit Verlaub – Wortklauberei! Sei's drum. Doch auch unter diesem Aspekt – ressourcenschonendes Bauen - wäre es doch sinnvoll, den Sachverstand der Finanzpolitiker in die gemeinsame Sitzung mit einzubringen.

Ich verstehe Ihr Misstrauen gegenüber Ihren Finanzpolitikern nicht. Gerade dieser Haushalt sollte doch ihr Vertrauen in die Finanzpolitiker gestärkt haben! Ein letztes Thema ist mir noch wichtig: Die Rückstellungen für die Integrationshelfer. Darüber ist ja schon viel gesprochen worden, und auch für uns steht fest:

Das Geld, was wir für diese Rückstellungen bislang bei den Kommunen eingesammelt haben und jetzt nicht benötigen, muss an die Kommunen zurückerstattet werden. Über den Teil, den der LVR aus Konsolidierungsmaßnahmen dazugegeben hat, können wir sicher trefflich streiten, doch letztlich sind das auch zum übergroßen Teil Umlagemittel, und die Kommunen haben das letztlich finanziert.

Ich habe größte Sympathien dafür, die gesamte Rücklage an die Kommunen zurückzugeben. Die Rückstellungen werden also aufgelöst. Das hat die Kämmerin schon klargestellt. Jetzt bleibt nur noch die Frage nach dem Wie. Mit Fertigstellung des Jahresabschlusses werden die Rückstellungen aufgelöst. Über die Verwendung entscheidet dann die Politik. Der regelkonforme Zeitplan sieht jedoch vor, dass im März der Abschluss fertig ist, dann geht es an das RPA und kommt erst in die Dezembersitzung der Landschaftsversammlung zur Beschlussfassung.

Es wurde schon über eine Sondersitzung zu diesem Thema nach der Sommerpause angedacht, um den Prozess zu beschleunigen. Wir wollen diesen Prozess ebenso beschleunigen und stellen folgendes zur Diskussion: Eine weitere Umlagesenkung in 2017 - durch einen Nachtragshaushalt. Wenn wir im Frühjahr den Jahresabschluss 2016 haben, können wir zügig einen Nachtragshaushalt beschließen. So können wir zum einen die Interessen der Kommunen befriedigen und zum anderen sind wir nicht auf eine - wie auch immer - geartete Sondergenehmigung des Landes für eine Rückzahlungskonstruktion angewiesen.

Wir finden: Das wäre ein guter Weg!

Meine sehr geschätzten Damen und Herren der Verwaltung - von der Sachbearbeitung bis zur Landesdirektorin - ich danke Ihnen. Danke für Ihren Einsatz jeden Tag, dass Sie das Spannungsfeld zwischen Qualität für Menschen und sparsamer Haushaltsführung aushalten und die Politik immer transparent, umfassend und qualifiziert informieren. Lieben Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen, Ihnen danke ich für die überwiegend fairen Diskussionen.

Die Fraktion der Freien Demokraten stimmt dem Haushalt zu.